

Ja zum Medienpaket – weil unsere Demokratie eigenständige Medien vor Ort braucht

Gerade lesen Sie eine der letzten familiengeführten Lokalzeitungen der Schweiz. Sie informieren sich über Vereinsanlässe, unser Gewerbe, das sportliche, kulturelle und politische Geschehen vor Ort. Die Volksstimme ist die Stimme für uns hier im Oberbaselbiet. In den letzten Jahrzehnten hat sie ausserdem vielen jungen Journalist*innen die Chance zum beruflichen Einstieg gegeben. Nicht wenige treffe ich heute in Bundesbern wieder.

Allein seit 2003 sind rund 70 «Volksstimmen» verschwunden, weil wir uns immer mehr Informationen über die internationalen Internetplattformen holen. Die Folge: Werbegelder, die früher den Journalismus finanziert haben, fliessen nun ins Internet. Allein Google und Facebook transferieren 1 Milliarde Franken Werbeeinnahmen steuerfrei aus der Schweiz in die USA. Grosse Medienunternehmen finanzieren sich wesentlich aus Geschäftsfeldern neben dem Journalismus. Für kleine Verlage ist das kaum möglich. Wegbrechende Erträge können sie nicht endlos durch Kosteneinsparungen auffangen.

Kritischer Journalismus hinterfragt Informationen, er gibt sich nicht mit Behauptungen zufrieden. Digitalisierung kann die Lücke zu den Internetgiganten verkleinern. Aber gerade kleine Medienanbieter brauchen Zeit und Geld für diesen digitalen Wandel. Wir haben im Parlament die Massnahmen bewusst so gestaltet, dass kleinere Anbieter sowie ländliche Regionen stärker profitieren als grosse Verlage. Insgesamt sind pro Jahr 151 Mio. Franken vorgesehen. 79% gehen an die Lokalmedien, auch wenn die Gegner das Gegenteil behaupten. Das Massnahmenpaket wird aus der Radio- und Fernsehgebühr und über den Bundeshaushalt finanziert. Es braucht also keine neuen Abgaben. Die Bundesgelder verbilligen die Zustellung von Zeitungen und Zeitschriften, die Frühzustellung und fördern inländische Onlinemedien. Gratisblätter erhalten nichts. Eine Holdingklausel verhindert, dass etwa die TX Group für jede ihrer Zeitungen ein neues Gesuch stellen kann. Das ist wichtig, denn so erhalten grosse Unternehmen nur wenige Prozente Förderung, die Kleinen dagegen 60 Prozent.

Zeitungen werden in der Schweiz seit über 170 Jahren indirekt gefördert; Lokalradios und Regionalfernsehen seit über 30 Jahren: Seit dem 19. Jahrhundert werden die Postporti von abonnierten Zeitungen vergünstigt. Denn schon die freisinnigen Staatsgründer sahen die Verbreitung von Zeitungen und journalistisch aufbereitete Informationen als demokratiepolitisch unverzichtbar an. Noch nie war die journalistische Unabhängigkeit durch die Medienförderung gefährdet und das wird sie auch in Zukunft nicht sein.

Die Volksstimme, das Allschwiler Wochenblatt, Telebasel, Radio X, Bajour und viele andere regionalen Medien brauchen unsere Unterstützung. Sie gehören zu einer unabhängigen und vielfältigen Medienlandschaft als Basis für Meinungsbildung in der direkten Demokratie. Über unsere Medien vor Ort bleiben wir miteinander verbunden. Deshalb «Ja» zum befristeten Massnahmenpaket für die Medien.